

Pressemitteilung
Attac Deutschland
Frankfurt am Main, 8. April 2020

* Eurozonen-Finanzminister: Deutschland muss endlich Solidarität zeigen

* Attac schlägt als ersten Schritt europäische Anleihe für Gesundheitsaufgaben vor

Attac begrüßt, dass Frankreich, Italien und andere Länder beim Treffen der Eurozonen-Finanzminister weiterhin auf der Einführung von Eurobonds beharren. Die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz vorgeschlagenen Maßnahmen mit den drei Elementen des Euro-Rettungsfonds ESM, dem Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank für Unternehmenskredite und der Absicherung nationaler Kurzarbeits- und Arbeitslosensysteme auf europäischer Ebene wären laut dem globalisierungskritischen Netzwerk nur Stückwerk.

„In der großen Gesundheitskrise, die gerade alle Staaten zu erheblichen finanziellen Anstrengungen zwingt, zeigt sich, ob europäische Solidarität mehr ist als ein leeres Versprechen. Gerade die Haltung der Bundesregierung ist aber nach wie vor von nationalem wirtschaftlichem Egoismus statt von Solidarität geprägt. Das muss sich dringend ändern“, mahnt Alfred Eibl vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis.

Europäische Solidarität erfordert nach Ansicht von Attac:

- Die Finanzierungskosten für die Überwindung der wirtschaftlichen Krise, die der Gesundheitskrise folgt, müssen für alle Staaten gleich sein. Das ist nur über gemeinsame europäische Anleihen, also sogenannte Eurobonds, erreichbar.

- Ein erstes Programm könnte eine zweckgebundene europäische Anleihe für Gesundheitsaufgaben sein, um die nationalen Gesundheitssysteme zu entlasten und auf eine stabile europäische pharmazeutische und medizintechnische Basis zu stellen. Pandemien muss mit internationaler Zusammenarbeit begegnet werden. Kleinstaatliche Abschottung ist keine Lösung.

+ Vermögensabgabe und Digitalsteuer statt Kürzungsprogrammen

Attac warnt zudem vor einer Neuauflage der EU-weiten Austeritätspolitik infolge einer erneuten Staatsschuldenkrise. Detlev von Larcher von der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern: „Es darf nicht wieder zu staatlichen Kürzungsprogrammen im sozialen und im Umweltsektor kommen. Stattdessen brauchen wir neue Ansätze bei den Abgaben und Steuern. Wirkungsvoll wären unter anderem eine Vermögensabgabe für Superreiche und die wirksame Besteuerung der Digitalwirtschaft.“

--

Für Rückfragen und Interviews:

* Alfred Eibl, Attac-Koordinierungskreis, Tel. 0160 907 802

* Detlev von Larcher, Attac-Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern, Tel.
0160 9370 8007

--

Weitere Informationen:

* "Welche Wirtschaft wollen wir retten?" (Stellungnahme der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern,
24.3.2020):
<https://link.attac.de/welche-wirtschaft-wollen-wir-retten>

* Attac-Schwerpunkt zur Corona-Krise: www.attac.de/corona

--

Frauke Distelrath
Pressesprecherin Attac Deutschland

Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M
Tel. 069 900 281-42; 0151 6141 0268
presse@attac.de
